

EINLEITUNG

Moritz Isenmann

I

Es sind nunmehr 250 Jahre vergangen, seit der Physiokrat Victor Riquetti, Marquis de Mirabeau, in seiner *Philosophie rurale* (1763) von einer „merkantilen Seuche“ sprach, die während des vorausgegangenen Jahrhunderts das französische Königreich verwüstet habe, und die Mirabeau auf ein *système mercantile* zurückführte, dessen „absurde Inkonsequenz“ er wortreich nachzuweisen versuchte.¹ Wäre es bei der Erwähnung eines „Merkantilsystems“ in Mirabeaus Traktat geblieben, die Historiker würden heute wahrscheinlich nicht von „Merkantilismus“ sprechen. Doch begleitete der schottische Moralphilosoph Adam Smith den jungen Duke of Buccleuch von 1764 bis 1766 auf eine Kavaliertour nach Frankreich und traf sich während eines Aufenthalts in der französischen Hauptstadt auch mit Vertretern der Physiokratie.² Zwar teilte Smith nicht deren ungebremsen Enthusiasmus für die Landwirtschaft und die Herabstufung des Gewerbes zu einer „sekundären und untergeordneten Arbeit“, die selbst keinen Reichtum schaffe. Die physiokratische Kritik an ihren Vorgängern überzeugte ihn jedoch derart, dass er in sein Werk über den *Wohlstand der Nationen* von 1776 nicht nur den Begriff des „Merkantilsystems“, sondern auch einige der schwerwiegendsten Anklagen übernahm, die der Marquis diesem „System“ zur Last gelegt hatte.

Die Übernahme des Begriffs eines „Merkantilsystems“ durch Adam Smith und seine eigenen kritischen Ausführungen dazu, die einen Großteil des beinahe ein Viertel des gesamten Werks umfassenden vierten Buchs über die „Systeme der politischen Ökonomie“ ausmachen, markieren den Beginn einer Debatte, die Ökonomen wie Historiker seither nicht mehr losgelassen hat. Im Zentrum dieser Debatte steht die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft in der Frühen Neuzeit, das durch den Begriff und seine spätere Variante des „Merkantilismus“ gebündelt werden soll: In welchem Ausmaß und auf welche Art und Weise haben Regierungen und Verwaltungen in der Zeit zwischen dem 16. und 18. Jahr-

- 1 Victor Riquetti, Marquis de Mirabeau: *Philosophie rurale ou Économie générale et politique de l'Agriculture, reduite à l'ordre immuable des Loix physiques & morales, qui assurent la prospérité des Empires*, 3 Bde. Amsterdam 1763. Der Begriff der *épidémie mercantile* findet sich in Bd. 2, S. 128; zur Auseinandersetzung mit dem *système mercantile* siehe aber vor allem das 10. Kapitel: „Rapport des Dépenses avec l'Industrie“ in Bd. 3, S. 1–114. Vgl. dazu auch kurz Céline Spector: *Montesquieu et l'émergence de l'économie politique*. Paris 2006, S. 166.
- 2 Zu Adam Smiths Aufenthalt in Frankreich siehe neuerdings Reinhard Blomert: *Adam Smiths Reise nach Frankreich oder die Entstehung der Nationalökonomie*. Berlin 2012.

hundert in das wirtschaftliche Geschehen eingegriffen, worin bestand der Vor- bzw. Nachteil dieser Eingriffe, welche – ökonomischen und politischen – Vorstellungen lagen ihnen zugrunde und welche Ziele verfolgte man mit ihnen?

In den zweieinhalb Jahrhunderten nach Mirabeaus abfälligen Thesen über das „Merkantilsystem“ ist es mit zunehmender Zeit immer schwieriger geworden, zu sagen, was sich eigentlich dahinter verbirgt. Für Mirabeau und Smith handelte es sich um eine ökonomische Absurdität: Basierend auf einer irrtümlichen Identifizierung des Reichtums eines Landes mit seinen Vorräten an Edelmetallgeld, hatte es zu einer Fixierung auf das Erzielen einer positiven Handelsbilanz geführt, woraus wiederum staatliche Eingriffe in Form von Importzöllen, Subventionen etc. gefolgt waren, durch die der freie Handel eingeschränkt und die Effizienz des Markts zum allseitigen Nachteil beeinträchtigt worden war.³ Diese Deutung wurde jedoch seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert von den historischen Schulen der Nationalökonomie in Deutschland und England in Frage gestellt. Die wahre Bedeutung des „Merkantilsystems“, das nun langsam zum „Merkantilismus“ aufstieg, lag in den Augen von Wilhelm Roscher, Gustav Schmoller und William Cunningham nicht in ökonomischen Aspekten wie der Handelsbilanztheorie. Seine wichtigste Eigenschaft wurde nun vielmehr darin gesehen, ein Instrument für den – positiv gewerteten – Prozess der Staatsbildung und die Steigerung nationaler Macht gewesen zu sein.⁴ Hatten vor allem Schmoller und Cunningham die Urheber des Begriffs damit in gewisser Weise enteignet, wagte schließlich Eli Heckscher einen vermittelnden Versuch zwischen den beiden Positionen. In seinem monumentalen Werk „Merkantilismus“, das 1931 in schwedischer und im darauffolgenden Jahr auch in deutscher Sprache erschien,⁵ formte der schwedische Ökonom und Wirtschaftshistoriker den Merkantilismus zu einem großangelegten Idealtypen, in dem sowohl die Deutung von Smith als auch diejenige der historischen Schule ihren Platz fanden, und der sich aus mehreren „Systemen“ zusammensetzte: einem „einheitsbildenden System“, einem „Machtsystem“, einem „Schutzsystem“ und einem „Geldsystem“.

Heckschers „Merkantilismus“ steht am Anfang der modernen Debatte über den Begriff. Denn mit der Harmonisierung der beiden Ansätze ging auch eine Ausweitung des Konzepts einher, die in der Folgezeit viel Kritik hervorgerufen

3 Mirabeau, *Philosophie rurale* (wie Anm. 1); Adam Smith: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, hg. v. Roy H. Campbell / Andrew S. Skinner. Oxford 1976, S. 428–662.

4 Wilhelm Roscher: *Geschichte der National-Oekonomie in Deutschland*. München 1874, bes. S. 228–238; Gustav Schmoller: *Das Merkantilsystem in seiner historischen Bedeutung: städtische, territoriale und staatliche wirtschaftspolitik* [1884], in: ders.: *Kleinere Schriften zur Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*. Leipzig 1985, Bd. 1, S. 479–525; William Cunningham: *The Growth of English Industry and Commerce*, Bd. 2: *The Mercantile System*, 3. Aufl. Cambridge 1903. Während Schmoller noch ausschließlich den Begriff des „Merkantilsystems“ verwendet, spricht Roscher daneben auch schon von „Mercantilismus“ (S. 416).

5 Eli F. Heckscher: *Merkantilismus*, 2 Bde. Leipzig 1932.

und eine intensive Diskussion über den Begriff und seine Bedeutung entfacht hat.⁶ Die große „Merkantilismus-Debatte“, die bis in die 1960er Jahre engagiert geführt wurde, hat jedoch in vielen Punkten keine Klarheit schaffen können und ist letztlich in einer „Pattsituation“ geendet, wie Lars Magnusson 1993 festgestellt hat.⁷ In der Tat konnte weder ein Konsens darüber hergestellt werden, ob das Konzept sinnvoll ist oder nicht, noch darüber, was unter „Merkantilismus“ eigentlich zu verstehen sei. Zwar wurde als übereinstimmendes Ergebnis der Debatte um Heckschers Werk festgehalten, dass der Merkantilismus kein kohärentes „System“ gewesen sei. Aber schon in der Frage, ob man es nur mit einer ökonomischen Theorie oder ebenfalls mit einer praktischen Wirtschaftspolitik bzw. einer Verbindung von beidem zu tun habe, konnte keine Einigkeit erzielt werden. Ist vor allem von angelsächsischer Seite scharfe Kritik an der Übertragung des Begriffs auf den Bereich der Wirtschaftspolitik geäußert worden,⁸ so haben sich deutsche und französische Historiker dem nicht angeschlossen.⁹ Hermann Kellenbenz beispielsweise definierte den Merkantilismus 1965 zusammenfassend als „die Hauptrichtung der Wirtschaftspolitik und das dahinterstehende wirtschaftspolitische Denken in der Epoche des europäischen Fürstenabsolutismus“. Darunter verstand Kellenbenz, „dass der erstarkende Fürstenstaat ein neues Verhältnis zur Wirtschaft bekommt und bestrebt ist, diese ganz in seinen Dienst zu stellen“¹⁰. Pierre Deyon betrachtete den Merkantilismus vier Jahre später als „l’ensemble des théories et des pratiques d’intervention économique qui se sont développées dans l’Europe moderne depuis le milieu du XV^e siècle“¹¹, und Ernst Hinrichs postulierte 1986: „Es besteht kein Zweifel: Es hat Merkantilismus gegeben, er ist theoretisch erwogen und praktisch erprobt worden, und er muß auch in einem engen Zusammenhang mit der Entstehung des ‚modernen Staates‘ gesehen werden“¹².

Diese ohnehin schon verworrene historiographische Lage ist in den letzten Jahrzehnten noch komplexer geworden. Denn zu den bereits vorhandenen Interpretationen ist eine Vielzahl weiterer hinzugekommen, die zusätzliche Probleme und Fragen aufwerfen. Der folgende kurze Überblick erhebt dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit: Lars Magnusson beispielsweise hat sich in seinen Ar-

6 Siehe hierfür die Beiträge in: Donald C. Coleman (Hg.): *Revisions in Mercantilism*. London 1969; Walter E. Minchinton (Hg.): *Mercantilism – System or Expediency?* Lexington Mass. 1969. Einen Überblick über die verschiedenen Positionen findet sich auch bei Fritz Blaiich: *Die Epoche des Merkantilismus*. Stuttgart 1973, S. 1–10.

7 Lars Magnusson: *Introduction*, in: ders. (Hg.): *Mercantilist Economics*. Boston 1993, S. 1–13, hier 10.

8 Besonders scharf war die diesbezügliche Kritik von Donald C. Coleman: *Eli Heckscher and the Idea of Mercantilism*, in: ders. (Hg.), *Revisions* (wie Anm. 6), S. 92–117.

9 Auch anglophone Historiker waren sich hierin keineswegs alle einig. Siehe beispielsweise Alfred W. Coats: *In Defence of Heckscher and the Idea of Mercantilism*, in: *Scandinavian Economic History Review* 5 (1957), S. 173–187.

10 Hermann Kellenbenz: *Der Merkantilismus in Europa und die soziale Mobilität*. Wiesbaden 1965, S. 4–5.

11 Pierre Deyon: *Le mercantilisme*. Paris 1969, S. 13.

12 Ernst Hinrichs: *Merkantilismus in Europa: Konzepte, Ziele, Praxis*, in: ders. (Hg.): *Absolutismus*. Frankfurt a. M. 1986, S. 344–360, hier 345.

beiten gegen beide der ursprünglichen Versionen des „Merkantilsystems“ bzw. des „Merkantilismus“ gewandt. Er begreift diesen hauptsächlich als eine „Sprache“, als einen „Diskurs“ über Handel und Wirtschaft, der zudem vor allem dem englischen Kontext zuzuordnen sei. Der Gegenstand dieses im Laufe des 17. Jahrhunderts entstandenen Diskurses seien die Mittel gewesen, wie ein Staat Wohlstand und Macht erwerben konnte.¹³ Dem „Public-Choice“-Ansatz nahestehende Ökonomen sehen den Kern des Merkantilismus vielmehr in der Nachfrage und Gewährung staatlich sanktionierter Privilegien und Monopole, die es den Inhabern erlaubten, auf Kosten der Allgemeinheit höhere Gewinne zu erzielen, als auf einem freien Markt mit einer Konkurrenzsituation möglich gewesen wäre. Die Staatsgewalt habe solche exklusiven Rechte wiederum aufgrund des finanziellen Nutzens gewährt, den sie aus der Bezahlung dieser Rechte erhielt.¹⁴ Eine weitere, vor allem auf Frankreich bezogene Interpretation, meint im Merkantilismus hingegen eine politische Philosophie zu erkennen, die als „wirtschaftlicher Machiavellismus“ bezeichnet werden könne und in einer Übertragung der Prinzipien der Staatsraison auf den internationalen Handel bestehe.¹⁵ Entwicklungsökonomien haben den Merkantilismus in den letzten Jahren als eine rationale Politik des industriellen Aufbaus entdeckt, die sie den Entwicklungsländern zur Nachahmung empfehlen,¹⁶ während anglo-amerikanischen Historikern der Begriff wiederum vor allem für die Analyse des Verhältnisses von England zu seinen Kolonien nützlich zu sein scheint.¹⁷

- 13 Lars Magnusson: *Mercantilism. The Shaping of an Economic Language*. London 1994. Siehe auch den Beitrag von Lars Magnusson in diesem Band.
- 14 Robert B. Ekelund / Robert D. Tollison: *Mercantilism as a Rent-Seeking Society. Economic Regulation in Historical Perspective*. College Station 1981; dies.: *Politized Economies. Monarchy, Monopoly, and Mercantilism*. College Station 1997.
- 15 Lionel Rothkrug: *Opposition to Louis XIV. The Social and Intellectual Origins of the French Enlightenment*. Princeton 1965; Catherine Larrère: *L'invention de l'économie au XVIII^e siècle. Du droit naturel à la physiocratie*. Paris 1992, S. 95–101; Céline Spector: *Le concept de mercantilisme*, in: *Revue de Métaphysique et de Morale* 3 (2003), S. 289–309, insbes. S. 298–308.
- 16 Siehe z. B. Cosimo Perrotta: *Early Spanish Mercantilism: The First Analysis of Underdevelopment*, in: Magnusson (Hg.): *Mercantilist Economics* (wie Anm. 7), S. 17–58; Ha-Joon Chang: *Kicking away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective*. London 2003; Erik Reinert: *How Rich Countries Got Rich...And Why Poor Countries Stay Poor*. London 2008; Prasanna Parthasarathi: *Why Europe Grew Rich and Asia Did Not. Global Economic divergence, 1600-1850*. Cambridge u.a. 2011, Kap. 5.
- 17 Stephen A. Pincus: *Rethinking Mercantilism: Political Economy, the British Empire, and the Atlantic World in the Seventeenth and Eighteenth Centuries*, in: *The William and Mary Quarterly* 69 (2012), S. 3–34. Für eine erneuerte Merkantilismus-Diskussion rund um den englischen Fall siehe auch: Philip Stern / Carl Wennerlind (Hg.): *Mercantilism Reimagined. Political Economy in Early Modern Britain and its Empire*. Cambridge 2013.

II

Was also war der „Merkantilismus“, und ist die Verwendung dieses Konzepts überhaupt sinnvoll? Der vorliegende Band, der auf eine internationale Tagung zurückgeht, die am 15. und 16. März 2012 am Deutschen Historischen Institut in Paris veranstaltet wurde, will Ansatzpunkte für eine neue Diskussion über den „Merkantilismus“-Begriff im engeren Sinne und das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in der Frühen Neuzeit im weiteren liefern. Er vereint verschiedene Ansichten von der Ideen- über die Wirtschafts- bis hin zur Verfassungsgeschichte und untersucht die bisherigen Interpretationen des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft im Lichte neuerer Ansätze, die in den letzten Jahrzehnten in der historischen Forschung entwickelt wurden. Sein geographischer Fokus liegt auf Frankreich und den Territorien des Alten Reichs. Einige Artikel beziehen jedoch auch die englische Situation mit ein; die Niederlande und ihre Konzeption des Außenhandels werden ebenfalls behandelt. Dabei nähern sich die Autoren dem Problem frühneuzeitlicher Wirtschaftspolitik und des „Merkantilismus“ auf teilweise unterschiedliche Art und Weise. Einige erörtern das Für und Wider des Konzepts und seiner Beibehaltung, andere hingegen haben sich dafür entschieden, eine eigene Definition anzubieten oder neue Aspekte in die Diskussion einzuführen, ohne dabei aber das Konzept an sich in Frage zu stellen.

In seinem einführenden Essay rollt *Lars Magnusson* die bisherigen Interpretationen des Konzepts von Adam Smith bis hin zum „Rent-Seeking“-Modell von Ekelund und Tollison auf. Dabei konstatiert er zusammenfassend zwar eine gewisse Unschärfe des Konzepts ebenso wie ideologische Belastungen, spricht sich aber insgesamt für seine Beibehaltung aus. Wenn nicht versucht werde, das Konzept als eine kohärente ökonomische Theorie darzustellen, könne es weiterhin dazu dienen, bestimmte gemeinsame Ansichten von Autoren des 17. und 18. Jahrhunderts zu beschreiben, wie ein Staat mit wirtschaftlichen Mitteln, und zwar insbesondere durch Außenhandel und den Aufbau von Manufakturen, mächtig und wohlhabend gemacht werden konnte. Dabei betont Magnusson, dass das Aufkommen diese Ideen, die er auch als „wirtschaftlichen Machiavellismus“ bezeichnet, im Kontext frühmoderner Staatsbildung und einer scharfen politischen und wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen den europäischen Ländern gesehen werden müssten. *Philipp Rössner* zeigt am Beispiel des Alten Reichs, dass Adam Smiths zentraler Vorwurf an das „Merkantilsystem“, aus Edelmetallgeld einen Fetisch gemacht und seine Rolle für die Wirtschaft überschätzt zu haben, zumindest für Kontinentaleuropa fehl geht. Denn die Ressource Silber war für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft essentiell: Eine Knappheit an Edelmetallgeld verursachte nicht nur Beschäftigungslosigkeit und führte zu einer verminderten Konkurrenzfähigkeit des heimischen Gewerbes. Sie erhöhte darüber hinaus auch die wirtschaftlichen Renten (*rents*) und Transaktionskosten. Kreditgeld und Wechselbriefe waren laut Rössner nicht in der Lage, einen Mangel an Edelmetallgeld auszugleichen, da sie einen noch sehr eingeschränkten Anwendungsbereich besaßen. Auch stellten sie in den Augen der Zeitgenossen nicht Geld als solches dar, sondern trugen vielmehr zu einer Erhöhung seiner Umlaufgeschwindigkeit bei.

Thomas Simon plädiert in seinem Beitrag wie *Magnusson* für eine diskursbezogene Definition des Begriffs. Seiner Meinung nach ist dessen Verwendung weiterhin sinnvoll, wenn man unter ihm ein auf den Handel zentriertes wirtschaftspolitisches Konzept versteht, dem spezifische Ordnungsvorstellungen zugrunde lagen und das einen gemeinsamen motivatorischen Nenner für das wirtschaftspolitische Handeln der europäischen Länder in der Frühen Neuzeit bot. Zugleich argumentiert *Simon* für eine schärfere Trennung zwischen „Merkantilismus“ und „Kameralismus“. So ist für ihn der Kameralismus nicht einfach eine deutsche Variante des Merkantilismus, sondern weist eigenständige Züge auf, die ihn aufgrund einer Fokussierung auf natürliche Wachstumsvorgänge und einer stärkeren Betonung der Produktion gegenüber dem Handel in die Nähe der Physiokratie rücken, wenn auch mit beträchtlichen Einschränkungen. Denn der Kameralismus blieb der alteuropäischen Ökonomik im aristotelischen Sinne verhaftet, mit dem Land als einer Art riesigem *Oikos* und dem König als großem Wirt, ohne dass eine Eigengesetzlichkeit wirtschaftlicher Zusammenhänge angenommen wurde. Für *Jean-Yves Grenier* besteht ein grundlegender Zug des englischen und französischen Merkantilismus in der Unterscheidung zwischen einem inneren und einem äußeren Wirtschaftsraum, für die unterschiedliche Marktvorstellungen anzusetzen sind. So wird im Inneren eines Landes, das als „Raum des Gemeinen Wohls“ bzw. des *Commonwealth* aufgefasst wird, eine Zügelung von Marktkräften vorgenommen. Der Profit des Einzelnen findet seine Grenze im Gemeinen Wohl und die Aufgabe des Staats besteht darin, die Wirtschaft in diesem Sinne zu regulieren. Derartige Überlegungen gelten hingegen nicht für den zwischenstaatlichen Handel, der nach *Grenier* den Ort kapitalistischer Bereicherung darstellt. Hier werde wirtschaftliche Konkurrenz nicht institutionell konstruiert, sondern folge einzig und allein den Regeln des Markts. Dabei betont *Grenier* insbesondere in Bezug auf den landesinternen Handel, der generell weit weniger Beachtung in der Diskussion über den Merkantilismus gefunden hat als der Außenhandel, die Persistenz scholastischer Vorstellungen wie die eines „gerechten Preises“ oder die Ablehnung von Monopolen.

Zur weiteren Problematik des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik in der Frühen Neuzeit gehört auch eine Auseinandersetzung mit der Entstehung und Konstruktion der Marktwirtschaft im Allgemeinen. *Wolfgang Reinhard*, der auf der Pariser Konferenz den Abendvortrag hielt, zeigt aus einer historisch-anthropologischen Perspektive, dass die Marktwirtschaft nicht natürlich gegeben ist, sondern von Menschen, die ein Interesse an ihrer Entstehung hatten, allmählich geschaffen wurde. Damit weist er den Anspruch universeller Gültigkeit marktwirtschaftlicher Prinzipien ebenso zurück wie die naturwissenschaftliche Erscheinungsform der modernen Wirtschaftswissenschaften. Zwar können auch in vor-modernen Kulturen Marktelemente vorgefunden werden, doch immer nur in Verbindung mit nicht-marktwirtschaftlichen Elementen. Dies gelte auch für den europäischen Fall, wo dem Profitstreben ursprünglich enge Grenzen gesetzt waren. So wie das Wachstum der Staatsgewalt ein Ergebnis menschlicher Gier nach Macht sei, beruht der atemberaubende wirtschaftliche Aufstieg des Menschen für *Reinhard* letztlich auf der Entfesselung einer ebenso niederträchtigen Eigenschaft,

nämlich der Habgier. In ihrer Erwiderung auf Reinhard präsentiert *Laurence Fontaine* eine teilweise andere Sichtweise. Ihrer Meinung nach besitzt der Markt den Verdienst, ein Element der Gleichheit in die frühneuzeitliche Ständegesellschaft eingeführt zu haben – ganz im Gegensatz zur „Ökonomie der Gabe“, die eher adeligen Werten entsprach und nicht etwa ein Ausdruck reiner Großzügigkeit war, sondern von Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen. Auch betont Fontaine die wichtige Rolle, die der Markt für die Emanzipation der Frauen spielen konnte bzw. kann sowie die Möglichkeit, die er Personen bietet, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten zu vervielfältigen und dadurch einen Abstieg in die Armut zu vermeiden.

Die beiden darauffolgenden Essays sind der Außenhandelspolitik und den ihr zugrunde liegenden handlungsleitenden Vorstellungen in Frankreich, England und den Niederlanden gewidmet. *Moritz Isenmann* widerspricht in seinem Essay über die französische Handelspolitik unter Colbert der herkömmlichen Deutung, dass dieser den Außenhandel als eine Form des Kriegs betrachtet habe, in dem mit allen Mitteln versucht werden musste, sich einen möglichst großen Teil am Weltmarkt zu sichern. Zentral für die Handelspolitik Colberts sei vielmehr die Vorstellung einer „natürlichen Ordnung“ gewesen, in welcher die göttliche Vorsehung jedem Land bestimmte ökonomische Ressourcen zugewiesen hatte. Wie am Beispiel der Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit England in den Jahren 1669–1672 gezeigt werden kann, setzte sich Colbert für vertragliche und völkerrechtliche Grundregeln ein, die auf eine Einhegung marktwirtschaftlicher Praktiken im internationalen Handel abzielten und es jedem Land ermöglichen sollten, sein providentiell zugewiesenes wirtschaftliches Potential so gut wie möglich auszunutzen. Das Merkantilismus-Paradigma erscheint Isenmann aufgrund seiner Ausrichtung auf die Idee marktwirtschaftlicher Konkurrenz als grundsätzlich ungeeignet, die Ziele und Hintergründe der Handelspolitik Colberts zu erfassen. *Gijs Rommelse* und *Robert Downing* analysieren die englisch-niederländische Handelsrivalität vom späten 16. Jahrhundert bis zum Vorabend des Pfälzischen Erbfolgekriegs. Dabei heben sie beträchtliche Ähnlichkeiten im Hinblick auf die politischen, ideologischen und kulturellen Motive der jeweiligen Handelspolitik hervor, auch wenn die Art und Weise, auf die man zu ihrer Formulierung gelangte, die gesellschaftlichen und institutionellen Unterschiede der beiden Länder wieder spiegeln. Werden die Niederlande meist nicht als „merkantilistisches“ Land angesehen, weil ihre dezentrale politische Organisation eine „nationale“ Wirtschaftspolitik unmöglich gemacht habe, so argumentieren die Autoren, dass ein wichtiger Teil der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung im 17. Jahrhundert von der Provinz Holland und deren höchst effizient arbeitenden *Staaten* ausging. Um sowohl den Unterschieden als auch den Gemeinsamkeiten der europäischen Länder im Hinblick auf ihre Handelspolitik gerecht zu werden, sprechen sich Rommelse und Downing insgesamt aber für die Ersetzung des „Merkantilismus“-Begriffs durch einen breiteren Begriff wie den einer „kommerziellen Staatsraison“ aus.

In der Literatur besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass Zölle und andere Abgaben zu den wichtigsten Instrumenten im Arsenal wirtschaftssteuernder Maß-

nahmen gehörten, mit denen Regierungen die Wirtschaft zu lenken versuchten. Doch wie steht es um die tatsächliche Durchsetzbarkeit der von der Zentrale erlassenen wirtschaftspolitischen Anweisungen? In seinem Beitrag zur staatlichen Zollpolitik in den preußischen Gebieten unter Friedrich dem Großen schätzt *Burkhard Nolte* diese als eher gering ein. Sowohl Zollbeamte als auch Kaufleute besaßen erhebliche Handlungsspielräume und die staatlichen Vorgaben blieben weitgehend unausgeführt, da eine Reihe informeller Praktiken dominierte, zu denen vor allem auch der Schmuggel gehörte. Die positive Entwicklung der schlesischen Leinenproduktion im 18. Jahrhundert ist nach *Nolte* vor allem einer gesamt-europäischen Konjunktur zuzuschreiben, weniger der preußischen Zoll- und Akzisepolitik. Damit bestätigt *Nolte* in Bezug auf die staatliche Wirtschaftspolitik das in der Forschung seit einigen Jahren vorherrschende Urteil, dass der „Absolutismus“ ein Mythos gewesen sei.

Eine grundlegende Frage, die in der Debatte über den „Merkantilismus“ bisher nur am Rande thematisiert wurde, betrifft das Verhältnis der zentralen Regierungen zu partikularen Körperschaften, Kaufleuten und Städten oder Regionen. Im Allgemeinen ging man bisher von einem autoritären staatlichen Interventionismus aus, der – meist zum allseitigen Nachteil – lokale und individuelle Freiräume eingengt habe. Diese Sichtweise wurde lange Zeit auch deshalb kaum in Frage gestellt, weil sie vom „Absolutismus“-Paradigma gestützt wurde, das erst in den letzten beiden Jahrzehnten einer grundsätzlichen Kritik unterzogen wurde. Wie jedoch die Essays von *Jochen Hoock* und *Junko Thérèse Takeda* zeigen, muss hier zwischen verschiedenen lokalen Umfeldern unterschieden werden. In Rouen war die Reaktion auf die Maßnahmen Colberts, wie *Hoocks* Beitrag zeigt, grundsätzlich negativ. Die Kaufleute sträubten sich beispielsweise dagegen, Aktien der neu gegründeten Ostindienkompagnie zu erwerben, und hielten den colbertschen Interventionismus – zu dem auch der Zolltarif von 1667 gehörte – für generell ungeeignet, den Handel der Stadt zu befördern. Daher hätten die Kaufleute in Rouen auch immer deutlicher nach einer allgemeinen Handelsfreiheit verlangt. Teilweise anders gelagert ist hingegen der Fall von Marseille, den *Takeda* in ihrem Beitrag zum Seiden- und Baumwollstoffhandel der Stadt analysiert. Auch in Marseille gab es Widerstand gegen bestimmte Maßnahmen der Regierung. Doch arbeiteten Kaufleute und Manufakturbetreiber hier im Allgemeinen mit den königlichen Verwaltungsbeamten im Rahmen einer Politik zusammen, die für bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten Handlungsspielräume schuf, während sie auf anderen Gebieten Kontrolle und Regulierung verstärkte. Ebenso ist es irreführend, die Kaufleute selbst als eine homogene Gruppe mit übereinstimmenden Interessen und Zielen zu betrachten, wie *Guillaume Garner* in seinem abschließenden Beitrag zum Verhältnis von Kaufmannschaft und zentralen Verwaltungen im Alten Reich in der Zeit zwischen 1750 und 1820 zeigt. *Garners* grundsätzlicher Vorwurf an das Konzept des „Merkantilismus“ lautet dabei, dass es in seinen vorherrschenden Varianten durch Gegensatzpaare wie Interventionismus – *laissez faire*, Monopol – Privileg oder Protektionismus – Freihandel strukturiert ist, die zu schematisch sind, als dass man mit ihnen die Praktiken und Strategien der wirtschaftlichen Akteure erfassen könnte. Diese gingen nämlich nicht von wirtschafts-

theoretischen Überlegungen aus, sondern von ihren konkreten ökonomischen Interessen. So konnten sogar dieselben Kaufleute ganz unterschiedliche Positionen beziehen, je nachdem in welchem Sektor sie gerade tätig waren.

Die in diesem Band versammelten Beiträge diskutieren das Thema also durchaus kontrovers. Wie schon Eli Heckscher in der Einleitung zu seinem großen Werk betont hat, ist der „Merkantilismus“ eine Hilfsvorstellung, die es „ermöglichen soll, einen Abschnitt der geschichtlichen Wirklichkeit besser zu verstehen, als ohne ihre Hilfe möglich gewesen wäre“¹⁸. Erfüllt das Konzept diese wichtige Aufgabe tatsächlich, oder verdunkelt es letztlich nicht viel mehr als es aufhellt? Führt seine doppelte ideologische Vereinnahmung durch den wirtschaftlichen Liberalismus und das staatstreue Denken des 19. Jahrhunderts nicht beinahe zwangsläufig zu Perspektiven und Kategorisierungen, die nicht denen der Zeitgenossen entsprechen? In welcher Bedeutung sollten der Begriff und das Konzept verwendet werden, wenn man an ihnen festhalten will? Die folgenden Aufsätze enthalten zur Beantwortung dieser und daran anschließender Fragen zahlreiche neue Anhaltspunkte.

18 Heckscher, *Merkantilismus* (wie Anm. 5), Bd. 1, S. 1.